

EU – Schicksalsjahr 2017?

1. Die Grenzen der Globalisierung	118
1.1 Die Fehler im System	118
1.2 2017 – Die Lage spitzt sich zu	119
<hr/>	
2. Rechtspopulismus als Antwort – ein Missverständnis	120
2.1 Fehlende und fehlgeleitete Antworten	120
2.2 Die Krise und der Zug nach rechts	122
2.3 Die rechte Antwort – ein Irrweg	123
<hr/>	
3. Die EU gerät an ihre Grenzen	124
3.1 Die Gestaltung der EU – Schwerpunkt wirtschaftliche Integration	124
3.2 Krisenpolitik	126
3.3 EU-skeptische und rechtspopulistische Bewegungen im Aufwind	128
<hr/>	
4. Schicksalsjahr 2017 – Wie soll es weitergehen mit der EU?	131

Judith Vorbach

Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik (WSG) der Kammer für Arbeiter und Angestellte Oberösterreich

Auszug aus WISO 1/2017

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@isw-linz.at

Internet: www.isw-linz.at

1. Die Grenzen der Globalisierung

1.1 Die Fehler im System

Die Orientierung der Wirtschaftspolitik entlang neoliberaler Prinzipien verstärkte sich vor allem seit den 1970er Jahren. Dies manifestierte sich in der Liberalisierung der Märkte, der Kürzung öffentlicher Ausgaben, der Aufweichung von Regulierungen, in Privatisierungen und der Zurückdrängung von Gewerkschaften. Das Credo lautete: Je mehr sich der Staat aus dem Markt heraushält und die Rahmenbedingungen für Unternehmen (also die Angebotsseite) verbessert, desto besser entwickelt sich die Wirtschaft. Und dieses Wachstum würde dann nach und nach bis zu den am wenigsten privilegierten Menschen „durchsickern“ (Trickle-down-Effekt).¹ Diese Erwartungen erfüllen sich jedoch nicht:

*Erwartungen
nicht erfüllt*

Im globalen Wettbewerb gelingt es zwar einigen Staaten, sich durchzusetzen, sodass ihre Exporte ihre Importe übersteigen. Die Tücke, die in diesem System liegt, ist aber schon altbekannt. So warb John Maynard Keynes schon im Jahr 1936 für seine Idee, mittels Inlandspolitik Vollbeschäftigung zu erreichen, mit dem Argument: „Internationaler Handel würde aufhören das zu sein, was er ist, nämlich ein verzweifertes Mittel, um Beschäftigung im Inland durch das Aufzwingen von Verkäufen in fremden Märkten und die Einschränkung von Käufen aufrechtzuerhalten, der wenn er erfolgreich ist, lediglich das Problem der Arbeitslosigkeit auf den Nachbarn schiebt, der im Kampf unterliegt.“ Und auch die Annahme, dass Handelsliberalisierung insgesamt zu mehr Wirtschaftswachstum führen würde, muss in Frage gestellt werden. Ein Grund dafür ist, dass mit den sinkenden Lohnquoten am Volkseinkommen eine anhaltend reduzierte globale Nachfrage einhergeht.²

*Druck auf
Arbeitswelt ist
keine Neuheit*

Auch der von hochgradig liberalisierten Märkten ausgehende Druck auf die Arbeitswelt ist keine Neuigkeit. So nahm man sich bei der Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) im Jahr 1919 vor, „mit weltweit anerkannten Sozialstandards“ zu verhindern, „dass sich einzelne Teilnehmer am internationalen Handel durch Abbau von Arbeitsrechten und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen Vorteile verschaffen“.³ Nach Jahrzehnten der Globalisierung sind wir heute jedoch umso stärker mit dieser Problematik konfrontiert. Während im „traditionellen“

Entscheidungsgefüge der Einfluss von Staat, Unternehmen und Arbeitnehmerschaft einigermaßen ausgeglichen war, geht mit der Globalisierung eine Aufspaltung der Unternehmen in Klein- und Mittelbetriebe und global agierende Unternehmen einher. Laut Kurt W. Rothschild verschiebt sich die Entscheidungsmacht damit zugunsten letzterer, denn diese können in ihrer globalen Wertschöpfungskette jene Standorte wählen, die am günstigsten erscheinen, etwa aufgrund eines geringen Lohnniveaus.⁴ In diesem Sinn führt auch der Gründer des Economic Policy Institute (EPI) Jeff Faux aus, dass es in Handelsabkommen vornehmlich darum gehe, „die Unternehmens-Investitionen nach besten Kräften von vielen nationalen gesellschaftlichen Zwängen zu befreien. Dies aber bewirkte in allen Ländern der Welt vor allem eines: die Verhandlungsmacht des Faktors Arbeit zu untergraben.“ So wie alle anderen Marktsysteme schaffe auch die Globalisierung ökonomische Klassen. Tatsächlich findet der Kampf nicht zwischen reichen und armen Ländern statt. Vielmehr kommt es „mit der Befreiung des globalen Kapitals zu einem grenzüberschreitenden Kampf um den „wirtschaftlichen Kuchen“ zwischen Arm und Reich. Dabei würden zwei Gruppen einander gegenüber stehen: einige mobile internationale Investoren und Milliarden arbeitender Menschen.“⁵

grenzüberschreitender Kampf um „wirtschaftlichen Kuchen“

1.2 2017 – Die Lage spitzt sich zu

In den letzten zwanzig Jahren stieg das Einkommen des reichsten Prozents der Weltbevölkerung um über 60 Prozent, was knapp einem Viertel des Einkommenszuwachses insgesamt entspricht. Betrachtet man die reichsten fünf Prozent der Welt, so konnten diese über die Hälfte des Einkommenszuwachses verbuchen. Zwar wurden auch rund um den globalen Median, der vor allem den asiatischen Raum widerspiegelt, Einkommenszuwächse erzielt, allerdings ausgehend von einem geringen Niveau. Stagnierende Einkommen finden sich dagegen vor allem in den westlichen Gesellschaften, also in Europa und den USA, und bei den ärmsten zehn Prozent der Welt, also vor allem in Afrika.⁶ Die immense Schieflage brachte auch eine Schätzung der britischen Hilfsorganisation OXFAM zu Tage, der zufolge die acht reichsten Männer der Welt so viel Vermögen besitzen wie die ärmeren 50 Prozent der Menschheit. Hier kann aber auch ein inhaltlicher Zusammenhang zu einer anderen Thematik gezogen werden, die die EU heute an ihre Grenzen zu bringen scheint. So sind der

stagnierende Einkommen in Europa

liberalisierte Handel und Migrationspolitik zwei Seiten derselben Medaille. Denn durch die Marktöffnung werden zum Beispiel viele afrikanische Bauern/Bäuerinnen in den Ruin getrieben. Und die Menschen reagieren auf die drastische globale Ungleichheit, indem sie versuchen, dorthin zu gehen, wo es Jobs gibt.⁷

In Europa besitzen die reichsten 5 % 38 % des Vermögens.

Aber nicht nur die globale Betrachtung ist alarmierend. Im Euroraum selbst besitzen die reichsten 5 Prozent der Bevölkerung 38 Prozent des Vermögens⁸, und in Österreich kommen den reichen 10 Prozent etwa 70 Prozent des Vermögens zu.⁹ In der „westlichen Welt“ verschärfte sich die Situation für viele Menschen im Zuge der Krise. So schnellte die Arbeitslosigkeit im Euroraum aufgrund zweier aufeinanderfolgender Rezessionen auf bis zu über 12 Prozent (2013) nach oben.¹⁰ Und die Liberalisierung des Außenhandels geht auch oft mit einer Umstrukturierung einher. In den USA kam es zu einer Verlagerung von Jobs aus dem gewerkschaftlich geschützten Industrie- in den Dienstleistungssektor, was eine Verschlechterung bezüglich des Lohns, der Arbeitsbedingungen und der Sozialversicherungsleistungen bedeutete.¹¹

2. Rechtspopulismus als Antwort – ein Missverständnis

2.1 Fehlende und fehlgeleitete Antworten

Seitens der Regierungen wird häufig vermittelt, dass bestimmte Dinge nicht zu ändern sind, weil sie durch europäisches Recht oder internationale Verträge gebunden sind. Das führt zu einem Gefühl der Ohnmacht, und die Menschen wissen nicht, wer zuständig und verantwortlich ist.¹² Stephan Schulmeister weist auch darauf hin, dass die Politik selbst oft in der Falle ihrer neoliberalen Weltanschauung sitze. Wo „der Markt“ lenkt, erübrigt sich die Frage „Was soll sein?“. Er sieht den Neoliberalismus als das erfolgreichste Projekt der Gegenaufklärung, da er auf Selbstentmündigung und Entpolarisierung hinausläuft. Der Aufstieg der „rechten Verführer“ gelinge dann leicht, weil diese das Primat der Politik wieder einfordern und an die Staatsmacht wollen, um dort autoritär „für Ordnung“ zu sorgen.¹³

Joseph E. Stiglitz weist auf die wachsende Unzufriedenheit mit der Globalisierung weltweit hin. So seien in den letzten fünfzehn Jahren „zu den GlobalisierungsgegnerInnen in den Schwellen- und Entwicklungsländern dutzende von Millionen in den hoch-

entwickelten Ländern hinzugekommen.“ Denn Waren aus China zu importieren, deren Produktion eine hohe Anzahl ungelerner ArbeiterInnen erfordert, würde die Nachfrage nach ungelerten ArbeiterInnen in Europa und den USA verringern. „Es überrascht nicht, dass die Neoliberalen diese Folge der Handelsliberalisierung unerwähnt ließen, als sie behaupteten – man könnte auch sagen: die Lüge erzählten –, dass alle profitieren würden. Dass die Globalisierung die Versprechen der etablierten Politik nicht erfüllt hat, hat das Vertrauen in das ‚Establishment‘ ganz eindeutig untergraben.“¹⁴

*Erklärungen
für rechts-
populistischen
Aufschwung*

Jeff Faux betont, dass die Globalisierung innerhalb der USA eine kleine Gruppe von GewinnerInnen hervorgebracht hat, während viele verlieren. Dennoch wird in der öffentlichen Debatte hartnäckig am alten Bild des Konkurrenzkampfes zwischen Nationalstaaten festgehalten, wo Großinvestoren und ArbeitnehmerInnen aus einem Land angeblich dieselben Interessen hätten. „Auch deshalb braucht die Welt jetzt endlich ein neues Modell der wirtschaftlichen Integration, in dem der vermeintliche Feind der amerikanischen Arbeiter nicht länger – siehe Trump – mexikanische und chinesische Arbeiter sind.“¹⁵ Auch für Thomas Piketty hängt der Wahlgewinn von Donald Trump mit dem über jahrzehntelangen Ansteigen der wirtschaftlichen und geografischen Ungleichheit zusammen und der Unfähigkeit mehrerer aufeinander folgender Regierungen, damit umzugehen. Piketty hält internationalen Handel sehr wohl für eine gute Sache, verweist aber darauf, dass eine faire Entwicklung nur mit guten öffentlichen Dienstleistungen einhergehen kann: „If we fail to deliver these, Trumpism will prevail.“¹⁶ Daniel Binswanger sieht einen Grund für den Wahlausgang in den USA in der „bedingungslosen Bejahung des Freihandels durch die Demokraten“, während Donald Trump mit seinem Frontalangriff dagegen die Rolle übernimmt, die eigentlich eine Linke übernehmen müsste. Als Grundansage der DemokratInnen blieb übrig: „Globalisierung lässt sich nicht aufhalten. Ihr steht im Konkurrenzkampf mit chinesischen und mexikanischen Arbeitern. Die einzige Lösung besteht darin, dass ihr produktiver, innovativer, konkurrenzfähiger werdet. Wir werden alles tun, was wir können – aber es ist nicht viel –, um eure Leistungsfähigkeit zu verbessern.“ Und Binswanger weiter: „Ist es verwunderlich, dass derjenige Teil der Bevölkerung, der seine ‚Chance‘ nicht ergreifen kann, in den Fängen eines Demagogen endet, der ‚Greatness‘ ohne Vorbedingungen verspricht.“¹⁷

*die negativen
Folgen der
Globalisierung*

*politische
Zusammenarbeit
über politische
Grenzen hinweg*

Jürgen Habermas beantwortet die Frage, „wie es dazu kommen konnte, dass der Rechtspopulismus den Linken die eigenen Themen abnimmt“, damit, dass die Linke den Kampf gegen soziale Ungleichheit nicht offensiv mittels „einer supranationalen koordinierten Zählung der unregulierten Märkte führen“ will. Dafür bräuchte es eine institutionelle Vertiefung und eine Verankerung „einer demokratisch legitimierten Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg. Die EU war einmal ein solches Projekt – und die Politische Euro-Union könnte es noch immer sein. Aber dafür sind die Hürden der innenpolitischen Willensbildung eben sehr hoch.“ Habermas weiter: „Inzwischen ist offenbar der Preis – das wirtschaftliche und soziokulturelle ‚Abhängen‘ immer größerer Bevölkerungsteile – so weit gestiegen, dass sich die Reaktion darauf nach rechts entlädt. Wohin auch sonst? Wenn eine glaubwürdige und offensiv vertretene Perspektive fehlt, bleibt dem Protest nur noch der Rückzug ins Expressive und Irrationale.“¹⁸

*Angst vor der
Globalisierung*

Diese Zusammenhänge spiegeln sich auch in einer empirischen Studie wider. Während Konflikte mit liberalen Werten, also zum Beispiel die Gleichstellung von Frau und Mann, die Ehe für Homosexuelle, ethnische Vielfalt, etc. nur eine untergeordnete Rolle für den Zulauf zu neurechten Bewegungen spielen, sind vielmehr Globalisierungsängste entscheidend. So geben 78 Prozent der AfD-WählerInnen, 76 Prozent der Front-National-WählerInnen und 69 Prozent der FPÖ-WählerInnen an, Angst vor Globalisierung zu haben.¹⁹ Demgegenüber weist eine andere Studie basierend auf Umfragedaten wiederum nach, dass mit FPÖ-Präferenz am stärksten die Merkmale der Einstellung zu Muslimen, Zuwanderung, Asyl und Europa zusammenhängen.²⁰ Jedoch können auch diese Themen durch eine wirtschaftspolitische Brille betrachtet werden, sowohl was die dahinter liegenden Motivationen als auch was Gründe für Migration und Flucht selbst betrifft.

2.2 Die Krise und der Zug nach rechts

Die Ergebnisse einer Studie von mehr als 800 Wahlen in zwanzig Ländern zeigen, dass sich nach Finanzkrisen Parteien „vom rechten Rand“ im Durchschnitt um 30 Prozent mehr bei Wahlen „holen“. Zum Beispiel waren die größten „Krisengewinner“ des Finanzcrashs in den 1920er und 1930er Jahren die rechten Parteien in Italien und Deutschland. Regierungen verlieren, die Opposition gewinnt, das Parlament zersplittert, das demokratische System

gerät unter Druck und gewaltbereite Auseinandersetzungen nehmen zu.²¹ Der Grund, warum viele Menschen nach Finanzkrisen offen für rechtsorientierte Gesinnungen sind, liegt den Autoren zufolge darin, dass sie nach der Phase der Unsicherheit das Bedürfnis nach „Recht und Ordnung“ haben. „They’re voting for reestablishment of order, whatever they perceive that to be.“²²

Ähnlich stellt Colin Crouch die Frage: Warum „haben die Finanzkrise von 2008 und die aus ihr resultierenden Krisen des Wohlfahrtsstaates, zusammen mit wachsender Ungleichheit (...), nicht zu einem politischen Angriff auf die Vorherrschaft des Neoliberalismus geführt?“ Und er kommt zum Schluss: „Es gibt diesen Angriff, doch zeigt er sich dies- und jenseits des Atlantiks als fremdenfeindlicher Populismus.“ Dafür identifiziert er folgende Gründe: Erstens fällt es der großen Mehrheit der Menschen schwer, zu bedeutenden Ereignissen des Weltgeschehens Position zu beziehen, insbesondere wenn Kritik an der herrschenden Elite damit verbunden ist. Zweitens geschah die politische Emanzipation vieler Menschen im Laufe des 20. Jahrhunderts deshalb, weil die sozialen Gruppen, denen sie sich zugehörig fühlten, politische Bedeutung erlangten. Diese sozialen Identitäten verloren jedoch diese Bedeutung wieder. Ihre „schwindende Energie“ beruhte unter anderem auf neu entstehenden Berufen. Nur eine soziale Identität blieb unberührt, nämlich die der „Nation“ oder die der „Ethnie“, die auch noch eine rationale Antwort auf eine globale Wirtschaft und auf „Migrationsströme, Flüchtlingswellen, islamistischen Terror“ zu sein scheint. Crouch widerspricht dieser „Rationalität“. Denn zum Beispiel tragen Flüchtlinge keine Schuld an der Finanzkrise. Dennoch wird von rechtsorientierten Bewegungen ein Zusammenhang hergestellt, indem sie ihren Angriff auf MigrantInnen mit dem auf Eliten verbinden.²³

*soziale
Identitäten*

2.3 Die rechte Antwort – ein Irrweg

Rechtspopulismus richtet den Fokus weg von Interessengegensätzen zwischen „oben und unten“ und hin auf „drinnen und draußen“. Er besetzt die „soziale Frage“ und deutet sie um in einen Verteilungskampf, bei dem es um „die da Drinnen, die Eigenen, gegen die da Draußen, die Fremden“²⁴ geht. So werden ArbeitnehmerInnen gegeneinander ausgespielt, zum Beispiel EU-BürgerInnen aus verschiedenen Ländern. Dabei klammern rechtspopulistische Parteien Ungleichheit innerhalb

*von „oben und
unten“ zu „drin-
nen und draußen“*

von Gesellschaften als Problem aus. Sie wollen Gelder vor allem zwischen unteren und mittleren Schichten umverteilen, größtenteils zugunsten von Vermögenden und Unternehmen.²⁵ Damit verfestigen rechtspopulistische Bewegungen letztlich die Machtposition der herrschenden Eliten oft weiter.

Aber auch das wirtschaftspolitische System selbst wird nur oberflächlich in Frage gestellt. Wesentliche Elemente des Neoliberalismus – wie Deregulierung, Privatisierung, Zurückdrängung von Gewerkschaften – werden von RechtspopulistInnen oft nicht kritisiert und teilweise sogar aktiv vorangetrieben. Silke Ötsch fasst den Umstand wie folgt zusammen: „Die Analyse der Vorstellungen der Rolle von Märkten und des Staates zeigt, dass RechtspopulistInnen zwar vom ‚starken Staat‘ sprechen, aber einen ‚halbstarken Staat‘ meinen, der WirtschaftsakteurInnen gewähren lässt und Schwache ausgrenzt. Die unabgestimmt und chaotisch wirkenden Forderungen, die zugleich die Ausweitung von Märkten wie Protektionismus fordern, sind nicht rein irrational, sondern folgen einer kurzfristig plausiblen Logik des nationalen wirtschaftlichen Vorteils und der sozialen Schließung – im Gegensatz zu Wirtschaftspolitiken, die auf Koordination, Solidarität und langfristig tragfähige Lösungen setzen.“ Sie zeigt, dass rechtspopulistische Parteien zwar angeblich für die Verbesserung von Lebensbedingungen in Herkunftsländern von MigrantInnen sind, in ihrer tatsächlichen Politik aber wenig glaubwürdig sind und „Hilfe mit dem Verweis auf Selbstheilungskräfte und Selbstorganisation von Märkten“ ausbleibt.²⁶ Darüber hinaus werden ethnische Stereotype besonders betont, sodass Fragen nach systemischen Missständen, grober Ungleichverteilung, unfairer Handelspolitik und Rüstungsexporten eher verblassen. Zusätzlich kommt die Forderung nach einem gestärkten Nationalstaat indirekt dem neoliberalen Anliegen nach einer wirtschaftlich stark, aber politisch und sozial schwach integrierten EU entgegen.

*Neoliberalismus
und Rechts-
populismus
müssen kein
Widerspruch
sein*

*wirtschaftlich
stark, aber po-
litisch schwach
integrierte
Staaten*

3. Die EU gerät an ihre Grenzen

3.1 Die Gestaltung der EU – Schwerpunkt wirtschaftliche Integration

Der einzigen direkt gewählten Instanz auf EU-Ebene, nämlich dem Europäischen Parlament, kommt im Vergleich zum Europäischen Rat und der Europäischen Kommission vergleichsweise wenig

Kompetenz zu. Und das Ausmaß des Lobbying auf EU-Ebene ist massiv. Im EU-Transparenzregister finden sich fast 11.000 Organisationen, vertreten durch 25.000 Personen. Dabei herrscht eine große Übermacht der Konzerne vor. Vergleicht man die in Brüssel vertretenen Gewerkschaften mit den gegenüberstehenden Unternehmen und Verbänden und bezieht Beratungsfirmen, Anwaltskanzleien und professionelle Lobbyisten mit ein, ergibt sich ein Verhältnis von 1:65. Tatsächlich ist die Geschichte der EU seit mehr als drei Jahrzehnten von der Einflussnahme der Wirtschaftsinteressen gekennzeichnet. Bereits die Ausgestaltung des Binnenmarktes in den 80er Jahren wurde stark vom European Round Table of Industrialists geprägt, einen Zusammenschluss von Vorstandsvorsitzenden Europäischer Konzerne. Inzwischen gab es zwar Maßnahmen zur Eindämmung des Lobbyismus, jedoch gelang es nicht, die Dominanz der Großkonzerne zurückzudrängen.²⁷

EU gekennzeichnet durch Einflussnahme von Wirtschaftsinteressen

Eine positive Integration, die auf EU-Ebene marktkorrigierend wirken soll, bedarf der Einvernehmlichkeit und teilweise sogar der Einstimmigkeit im Rat, also von zurzeit 28 Mitgliedstaaten. Demgegenüber vollzieht sich eine „negative Integration“, die auf die Beseitigung von „Marktbeschränkungen“ ausgerichtet ist, rasch, zumal sie nicht auf den Konsens der Staaten angewiesen ist.²⁸ Das hat auch dazu beigetragen, dass die EU-Politik in den letzten Jahren geprägt war von einem Ungleichgewicht der wirtschaftlichen und der sozialen Integration. Die Grundfreiheiten der Märkte strahlen inzwischen auf alle denkbaren Politikfelder aus, aber grundlegende Forderungen nach einem sozialen Europa sind heute noch dieselben wie in den 1980er Jahren, also vor der Verwirklichung der Binnenmarktstrategie. Auch der Ökonom Dani Rodrik kritisiert diese Ungleichgewichte. So sei die Wirtschaft europäisch, die Politik aber national geprägt. Er plädiert dafür, entweder die wirtschaftliche Integration zurückzudrehen oder die politische Integration zu vertiefen. Letzteres hält er für die bessere Option, denn so wie es eine stärkere Globalisierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit braucht, so könnte die EU die kontinentale Version davon werden. Diese Chance drohe man aber aufgrund der Verschärfung der zwischenstaatlichen Unterschiede im Zuge der „Krisenpolitik“ (vgl. unten) zu verspielen: „Ich bin in der Türkei aufgewachsen und wir haben immer zu Europa und zur EU aufgeblickt. Eine demokratische

Ungleichgewicht zwischen wirtschaftlicher und sozialer Integration

Gemeinschaft, mit gleichen Werten und Zielen und einer sozialen Marktwirtschaft. Mittlerweile bin ich skeptisch, ob die Union diesen Idealen wirklich noch gerecht werden kann.“²⁹

3.2 Krisenpolitik

Folgen der Austeritätspolitik

Durch die neoliberal-orientierte Politik zur Bekämpfung der Krise wurde diese immer mehr verfestigt. Ab 2010/2011 hatten die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die Austeritätspolitik und die über weite Strecken restriktive Geldpolitik ausgeprägte negative Effekte auf Wachstum und Beschäftigung.³⁰ Es ging auch massiver Druck auf ArbeitnehmerInnen damit einher. Waren zum Beispiel 2008 in Portugal noch 1,9 Millionen Menschen durch einen Kollektivvertrag geschützt, sind es heute weniger als dreihunderttausend. Die dadurch gestiegenen Profite der Unternehmen spiegeln sich in massiven Gehaltseinbußen der Arbeitenden wider, die zum Beispiel in Griechenland ein Viertel ihres Einkommens verloren haben. Unterdessen hielt die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen in der EU-Kommission fest, dass es in den „Reformen“ der letzten Jahre „darum geht, die Lohnsetzungsmacht der Gewerkschaften zu schwächen.“³¹ Die Krisenpolitik treibt aber auch die Staaten und die Menschen auseinander:

wachsende Ungleichheit zwischen Staaten

Die EU-Wirtschaftspolitik baut stark auf *Wettbewerb der EU-Staaten untereinander* auf, was massiv zur Ungleichheit zwischen den Staaten im Euroraum bis hin zur Eurokrise beigetragen hat. Leider wurde diese Politik im Zuge der Krisenpolitik weiter verschärft.

Im Zuge der Eurokrise drängten die nationalen Regierungen die EU-Kommission und vor allem das EU-Parlament an den Rand und verlagerten die „Krisenpolitik“ in den Europäischen Rat, wo die ökonomisch starken Staaten ihre Macht umso mehr ausspielen konnten. Dieser ökonomische Nationalismus hat auch einen politischen Nationalismus heraufbeschworen. Zudem vermittelten all die Gipfel zur Eurorettung das Bild, die Regierungschefs würden primär im Interesse des jeweiligen Nationalstaates streiten und kaum ein europäisches Gesamtinteresse verfolgen.³²

Die Krisenpolitik verstärkte ohnehin bestehende *Demokratie-defizite* weiter. So verstießen die Auflagen der Troika gegen

gewerkschaftliche Grund- und Menschenrechte. Die neue Wirtschaftsregierung der EU, die seit ihrer Errichtung Druck zur Verlagerung der Lohnverhandlungen aus der Betriebsebene macht, findet keine Grundlage in den europäischen Verträgen und dank eines durchgesickerten Briefes kam zutage, dass die EZB im Gegenzug zur Unterstützung Spaniens und Italiens die „Reform der Arbeitsmärkte“ im Verordnungsweg verlangte.³³ Mit der „Troika“ hat in den hochverschuldeten Staaten eine demokratisch nicht-legitimierte Institution die Macht übernommen, während die intransparent arbeitende Euro-Gruppe der Finanzminister faktisch den Lauf der Dinge in der EU bestimmt. Dies verstärkt in vielen Ländern die Sorge, dass die Entwicklung der EU noch weiter einer Linie der Entdemokratisierung folgt. Dieser Angriff auf die politische Selbstbestimmung ist nicht zuletzt auch Wasser auf den Mühlen jener, die eine Renationalisierung fordern.³⁴

Troika demokratisch nicht legitimiert

Dazu kam, dass mit diesen demokratiepolitisch hochumstrittenen Mitteln eine Politik durchgesetzt wurde, die eine *große Belastung für weite Teile der Bevölkerung* darstellt und als in höchstem Maß ungerecht empfunden wird. Zum Beispiel gab die Troika in Griechenland als Bedingung für die Vergabe von Hilfskrediten die Privatisierung öffentlichen Eigentums im Ausmaß von einem Viertel des Bruttoinlandsproduktes vor. Selbst wenn man dies aus ideologischen Gründen befürwortet, so sind Privatisierungen mitten in einer Krisensituation ungünstig, weil der öffentlich angekündigte Verkaufszwang die schwache Verhandlungsposition des Staates etwa gegenüber internationalen Private-Equity-Fonds weiter verschlechtert.³⁵

große Belastung für weite Teile der Bevölkerung

Und es wurde das Narrativ verbreitet, die Krise beruhe auf nationalen Stereotypen. Es wurde das Bild bemüht von fleißigen Nordeuropäern und faulen, verschwenderischen Südeuropäern.³⁶ Vor allem Deutschland gewann im Zuge der Krise an Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der EU insgesamt. Dies wirkt auf Menschen aus anderen Staaten bedrohlich, zumal Deutschland vorgeworfen wird, mittels „Durchsetzen eigener Ordnungsvorstellungen“ zualterererst eigene Interessen zu verfolgen, während aber Menschen aus Griechenland, Portugal oder Spanien keinerlei Einfluss auf die Zusammensetzung des deutschen Bundestags haben. Die Angst vor „deutscher Vorherrschaft“ war auch im Brexit-Wahlkampf Thema: „Die britische Öffentlichkeit hat mit erstauntem Gruseln

verfolgt, wie die Regierung Merkel/Gabriel ihr „Europa“ dazu eingesetzt hat, Griechenland abzuwirtschaften und zu demütigen, zur Rettung der deutschen und französischen Banken, deklariert als Rettung Griechenlands und der ‚europäischen Idee‘.³⁷

Im Zuge der „*Rettungspakete*“ entstand das Gefühl, dass die EuropäerInnen aus den stärkeren Staaten für jene aus schwächeren Staaten „zahlen müssen“, was wohl ebenso keineswegs zur „Begeisterung“ für die Europäische Integration beigetragen hat. Forderungen nach einer fairen Politik gegenüber Griechenland wurden damit gekontert, dass es etwa ArbeitnehmerInnen in Estland noch schlechter ginge. *Schließlich wurde im Zuge der EU-Krisenpolitik selbst ein Verteilungskampf unter den ArbeitnehmerInnen aus verschiedenen Staaten inszeniert und forciert, ohne aber die extreme Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung zu thematisieren.*

Inszenierung eines Verteilungskampfes unter ArbeitnehmerInnen

3.3 EU-skeptische und rechtspopulistische Bewegungen im Aufwind

Folgende Länder stehen im Hinblick auf Renationalisierungstendenzen im Fokus:^{38, 39}

In *Ungarn* und *Polen* bilden nationalkonservative Parteien die Regierungen. In Ungarn errang die „Fidesz“ im Jahr 2010 und in Polen die „Partei Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) im Jahr 2015 die absolute Mehrheit. Die Regierungschefs Viktor Orbán und Beata Szydlo sind demzufolge im einflussreichen Europäischen Rat vertreten.

Überblick über EU-skeptische Bewegungen ...

In *Großbritannien* hatte David Cameron (Conservative Party) Anfang 2013 ein Referendum über den Verbleib des Landes in der EU angekündigt, was eine Reaktion auf die aufstrebende rechtspopulistische UK Independence Party (UKIP) und den rechten, euroskeptischen Flügel seiner eigenen Partei war. Großbritanniens politische Landschaft war im Vorfeld des Referendums geprägt von einem strikten Sparkurs, einer Mythenpropaganda über die EU und einer hasserfüllten Migrationsdebatte. Die vor allem mit ökonomischen Angst-Argumenten geführte „Remain“-Kampagne konnte wenig entgegensetzen.⁴⁰ Vielmehr fanden die zentralen Forderungen der Brexit-„Fraktion“ nach einer Beschränkung der Migration und einer Einschränkung der

Personenfreizügigkeit für EU-BürgerInnen Anklang. Schließlich stimmten 51,9 Prozent der WählerInnen, also 17,4 Millionen BritInnen, am 23. Juni 2016 für den Brexit. Die Wahlbeteiligung lag bei 72,1 Prozent. Die formalen Verhandlungen zum Brexit sollen Ende März 2017 beginnen.⁴¹ Aufschlussreich ist die Häufung der „Brexit“-Stimmen aus wirtschaftlich darniederliegenden Industrielandschaften. Für „Remain“ stimmten überwiegend Vollzeit-Beschäftigte, WählerInnen aus London (hoher Anteil an Personen mit guter Ausbildung und gutem Verdienst) und junge WählerInnen. Für „Brexit“ stimmten mit deutlicher Mehrheit jene, die derzeit keinen Arbeitsplatz haben, zwei Drittel der Personen, die eine staatliche Pension beziehen, WählerInnen aus Regionen, in denen vor allem ArbeiterInnen leben (z.B. Wales mit 52,5 Prozent) und ältere Personen.⁴²

... Ausstiegs-
szenarien ...

Die Partei für die Freiheit (PVV) des Politikers Geert Wilders ist seit zehn Jahren im Parlament in den *Niederlanden* vertreten, derzeit mit knapp zehn Prozent der Sitze. Seit 2012 schließen jedoch fast alle anderen Parteien eine Zusammenarbeit mit Geert Wilders aus. Am 15. März 2017 werden erneut Parlamentswahlen stattfinden. Laut Prognosen könnte die PVV stimmenstärkste Partei werden. Dennoch dürfte Geert Wilders nicht Regierungschef werden, da keine Fraktion mit der PVV koalieren möchte. Demgegenüber kündigte Wilders an, dass dies die Menschen nicht akzeptieren würden: „Dann wird es eine Revolte geben.“ Möglicherweise kommt es angesichts dessen doch zu einer Einbindung über eine Regierungskoalition.⁴³

In *Frankreich* ist der „Front National“ (FN) seit Jahrzehnten eine politische Größe. Bei der Wahl zum Europaparlament 2014 wurde er mit 24,86 Prozent der Wählerstimmen zur stimmenstärksten Partei. Es wird damit gerechnet, dass der FN bei den Parlamentswahlen am 23. April 2017 so viele Stimme erringt, dass die Parteichefin Marine Le Pen in die Stichwahl am 7. Mai 2017 kommt. Im Falle eines Wahlsieges kündigt Le Pen nach sechs Monaten ein Referendum über den Austritt Frankreichs aus der EU – den „Frexit“ – an. Sie würde „sofort nach Brüssel, um die Oberhoheit über Währung, Gesetzgebung, Haushalt und das nationale Territorium wiederzuerlangen“, reisen. Wenn sie das nicht erreichen könne, würde sie den Franzosen empfehlen, die EU zu verlassen.⁴⁴ Zudem würde sich im Falle eines Wahlsiegs

... bis hin zur
EU-Ablehnung

im Europäischen Rat die Stimmgewichtung weiter in Richtung rechts verschieben, sodass zusammen mit Ungarn und Polen ein Anteil rechtsorientierter Parteien von zwanzig Prozent entstehen würde.⁴⁵

Die Lega Nord in *Italien* besteht seit Ende der 80er Jahre. Sie schaffte bei den Parlamentswahlen 2013 zwar nur knapp die Vier-Prozent-Hürde, verzeichnet aber die letzten Jahre wieder steigende Umfragewerte. Auch die Fünf-Sterne-Bewegung ist EU-kritisch, wenngleich sie nicht dem rechtspopulistischen Lager zuzurechnen ist. Zwar sollte die Legislaturperiode in Italien noch bis 2018 dauern, aber nach der Niederlage des sozialdemokratischen Regierungschefs Matteo Renzi beim Verfassungsreferendum Anfang 2016 gelten Wahlen bereits im Frühjahr 2017 als wahrscheinlich. Darauf drängen auch die Lega Nord und Beppe Grillo. Die Chancen, dass sie angesichts der EU-skeptischen Haltung vieler ItalienerInnen Zuwächse verbuchen, sind hoch.⁴⁶

Zulauf zur AfD

In *Deutschland* verzeichnet die seit drei Jahren bestehende Alternative für Deutschland (AfD) regen Zulauf. Es gelang ihr bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin im September 2016, 14,2 Prozent der Stimmen für sich zu verbuchen. Damit ist Berlin der zehnte Landtag, in dem die Partei vertreten ist. Insgesamt liegt die AfD bei Umfragen zwischen elf und vierzehn Prozent.⁴⁷ Ein starker Zugewinn der AfD bei den geplanten Bundestagswahlen am 24. September 2017 könnte nicht nur die deutsche, sondern auch die europäische politische Landkarte deutlich prägen. Auch Österreich wird zu den EU-Staaten mit starken rechtspopulistischen Tendenzen gezählt, insbesondere aufgrund der FPÖ, welche in den Umfragen derzeit an der Spitze liegt. In Schweden konnten die Schwedendemokraten (SD), welche sich national-gesinnt und eurokritisch positionieren, bei der Reichstagswahl 2014 fast 13 Prozent der Stimmen erringen. Die anderen Parteien lehnen aber die Zusammenarbeit mit den SD ab. In Dänemark ist die Dansk Folkeparti (DF) hingegen ein akzeptierter Teil des Parteienspektrums, und die restriktive Asylpolitik Dänemarks trägt ihre Handschrift. Obwohl die DF bei der Wahl 2015 mit 21,1 Prozent der Stimmen zweitstärkste Kraft wurde, lehnt sie eine Regierungsbeteiligung ab. Bei der EU-Wahl wurde die DF mit 26,6 Prozent der gültigen Stimmen

sogar stärkste Kraft. In Finnland wurde die rechtspopulistische Partei „Die wahren Finnen“ bei den Parlamentswahlen 2015 zur drittstärksten Kraft.

4. Schicksalsjahr 2017 – Wie soll es weitergehen mit der EU?

Weder ein Festhalten am Neoliberalismus, noch Renationalisierung, noch kosmetische Reformen oder Einzelmaßnahmen sind richtige Antworten auf die derzeitige Krise. Denn wozu braucht man ein Europa, das nicht schützt vor einem Druck durch globalisierte Märkte, sondern die Menschen auffordert, sich der Globalisierung anzupassen? Und mehr noch, ein Europa, das den preislichen Wettbewerb im Binnenmarkt selbst noch weiter forciert? Aber auch ein Zerfall der EU ist gefährlich, weil damit die Staaten neben dem wirtschaftlichen auch noch weiter in einen politischen Konkurrenzkampf geraten könnten und eine gemeinsame soziale Lösung noch weiter in die Ferne rücken. Schon mehrfach wurde vonseiten der Arbeiterkammer ein Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen. An dieser Stelle erfolgt eine Zusammenfassung mit einzelnen Ergänzungen:

Die *Demokratie auf EU-Ebene* muss ausgebaut werden. Es braucht eine Stärkung des EU-Parlaments. Bereits heute ist das EU-Parlament ein Ort, in dem nicht die nationalen Interessen im Vordergrund stehen, sondern die fraktionelle Auseinandersetzung. Die Förderung der transnationalen Demokratie muss einhergehen mit der Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit, wo die Interessen der gesellschaftlichen Gruppen in den Vordergrund treten. So könnte deutlich werden, dass etwa griechische, deutsche, englische und österreichische ArbeitnehmerInnen ein gemeinsames Interesse an einem sozialen Europa haben.

*Stärkung der
Demokratie auf
EU-Ebene*

Verteilungsgerechtigkeit und positive Wirtschaftsentwicklung: Im Zuge einer kooperativen Wirtschaftspolitik ist die innereuropäische Nachfrage zum Beispiel über gemeinsame Zukunfts-Investitionsprojekte zu stärken, anstatt dass aufgrund des preislichen Wettbewerbs die Basis für die Nachfrage aufgrund des Lohndrucks immer mehr reduziert wird. Die Bekämpfung von Steuerbetrug und aggressiver Steuervermeidung müssen ebenso forciert werden wie zum Beispiel Schritte in Richtung EU-weiter vermögensbezogener Steuern. Demgegenüber müssen die Kürzungspolitik

*kooperative
Wirtschaftspolitik*

sofort beendet und soziale Mindeststandards im Arbeits- und Sozialrecht ausgebaut werden. Soziale Grundrechte müssen über Marktfreiheiten stehen, sodass das Ungleichgewicht zwischen wirtschaftlicher und sozialer Integration nicht noch weiter vertieft wird. Nicht vergessen werden darf auch die Neugestaltung und Stabilisierung des Finanzsektors: Nicht nur fair nach innen, sondern auch nach außen hin. Das bedeutet eine EU-Handelspolitik, die sich an den Interessen der ArbeitnehmerInnen orientiert, ebenso wie eine kooperative Außen- und Asylpolitik.

*die richtige
Antwort auf
die Krise:
Solidarität*

Insgesamt braucht es eine ausgleichende Politik, um die Wohlstandsunterschiede zu mindern und eine positive Integration in einem insgesamt sozialen Europa zu ermöglichen. Dem im EU-Vertrag verankerten Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse muss ein deutlich höherer Stellenwert eingeräumt werden. Anstatt auf Flucht- und Migrationsbewegungen mit Grenzzäunen zu reagieren, gilt es das Wohlstandsgefälle innerhalb der EU und vor allem auch global zu thematisieren und für einen Ausgleich zu kämpfen, und zwar für einen Ausgleich zwischen den Interessen der Konzerne und der obersten Reichtumselite einerseits und den Interessen der allermeisten Menschen, egal aus welchem Land, andererseits. Renationalisierung und Rechtspopulismus sind daher genau die falschen Antworten auf die Folgen des Neoliberalismus. Denn eine soziale und fortschrittliche Politik und eine Demokratisierung kann nur solidarisch durchgesetzt werden.

Anmerkungen

1. Fercher, Sonja: Geplatze Blase, in: Arbeit und Wirtschaft, 6/2016, http://www.arbeit-wirtschaft.at/servlet/ContentServer?pagename=X03/Page/Index&n=X03_1_a_2016_06.a&cid=1470276028633
2. Dessewffy, Eva: Freihandel bremst Wirtschaftswachstum, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/handelsliberalisierung-freihandel-bremst-wirtschaftswachstum/>
3. Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation von 1919, <http://www.ilo.org/berlin/ziele-aufgaben/verfassung/lang--de/index.htm>
4. Rothschild, Kurt W.: New Worlds – New Approaches. A Note on Future Research Strategies, *Kyklos*, Vol. 58-2005-No.3, 439-447
5. Faux, Jeff: Das abgekartete Spiel fliegt auf, in: Handelsblatt 19./20./21. August 2016, <http://www.theglobalist.com/wordpress/wp-content/uploads/2016/08/Faux.pdf>
6. Kapeller, J. / Schütz, B., Verteilungstendenzen im Kapitalismus: Globale Perspektiven, *Blog Arbeit und Wirtschaft*, 23. November 2015, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/verteilungstene-perspektiven/>
7. Interview mit Florian Horn: Wer vom Freihandel nicht reden will, sollte auch von den Fluchtursachen schweigen, *Nachdenkseiten*, 14. November 2016, <http://www.nachdenkseiten.de/wp-print.php?p=35802>
8. Vgl. http://www.akeuropa.eu/de/vermoegen-ungleichheit-erreicht-bedenkliche-ausma-e.html?cmp_id=7&news_id=3001&vID=37

9. Arbeiterkammer OÖ: „Die Reichen werden um 3,45 Millionen Euro reicher – pro Stunde, https://oeo.arbeiterkammer.at/interessensvertretung/verteilungsgerechtigkeit/vermoegen/Reichtum_in_Oesterreich.html
10. Heimberger, Philipp: Warum die Volkswirtschaften der Eurozone den USA und Großbritannien seit der Finanzkrise hinterher hinken, Studie im Auftrag der AK Wien, November 2016
11. Binswanger, Daniel: Die rechte Linke, Das Magazin Nr. 50, 17. 12. 2016, <https://www.dasmagazin.ch/2016/12/16/die-rechte-linke/>
12. Zeit online, 15.12.2016: Aufstieg der Populisten. Ist die Ungleichheit schuld?, <http://www.zeit.de/2016/50/oekonomie-donald-trump-us-wahl-globalisierung-populismus>
13. Schulmeister, Stephan: Die rechten Verführer und ihre Wegbereiter, Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2016
14. Stiglitz, Joseph: Die neuen Unzufriedenen der Globalisierung, Handelszeitung, 9. August 2016, <http://www.handelszeitung.ch/politik/die-neuen-unzufriedenen-der-globalisierung-1166905>
15. Faux, Jeff: Das abgekartete Spiel fliegt auf, in: Handelsblatt 19./20./21. August 2016. <http://www.theglobalist.com/wordpress/wp-content/uploads/2016/08/Faux.pdf>
16. Piketty, Thomas: We must rethink globalisation, or Trumpism will prevail, in: The Guardian, 16. November 2016: https://www.theguardian.com/commentis-free/2016/nov/16/globalization-trump-inequality-thomas-piketty?CMP=share_btn_fb
17. Binswanger, Daniel: Die rechte Linke, Das Magazin Nr. 50, 17.12.2016, <https://www.dasmagazin.ch/2016/12/16/die-rechte-linke/>
18. Habermas, Jürgen: „Für eine demokratische Polarisierung. Wie man dem Rechtspopulismus den Boden entzieht“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2016, S. 35–42
19. de Vries, Catherine / Hoffmann, Isabell: Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum, Bertelsmann Stiftung, November 2016
20. Der Standard, 8. März 2016: Rechtspopulismus: Identität schlägt Ökonomie, <http://derstandard.at/2000032456133/Rechtspopulismus-Identitaet-schlaegt-Oekonomie>
21. Süddeutsche Zeitung, 19.10.2015: Länder rücken nach Finanzkrisen nach rechts, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/gesellschaft-laender-ruecken-in-finanzkrisen-nach-rechts-1.2698354>
22. Washington Post, 5. Dezember 2016: The clock is ticking on a global shift to the far right, https://www.washingtonpost.com/opinions/the-clock-is-ticking-on-a-global-shift-to-the-far-right/2016/12/05/5fbb8e82-bb30-11e6-91ee-1addfe36cbe_story.html?utm_term=.53cc6b5a9035
23. Crouch, Colin: Der Reiz der nationalen Identität, in: Cicero, 22. Juli 2016, <http://cicero.de/berliner-republik/rechtspopulismus-und-finanzkrise>
24. von Lucke, Albert: Brexit oder: Die verzauberte Demokratie, Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2016
25. Ötsch, Silke: Steuer- und Verteilungskonzepte von RechtspopulistInnen und der halbstarke Staat, Working Paper, 8.11. 2016
26. Ötsch, Silke: Steuer- und Verteilungskonzepte von RechtspopulistInnen und der halbstarke Staat, Workshop der Berliner Gazette, Working Paper, 8.11. 2016, http://silke-oetsch.net/wp-content/uploads/2016/11/HalbstarkerStaat-Rechte_BG_Oetsch_8.11.16.pdf
27. Wagner, Alice: Wenn Konzerne ein- und ausgehen. Private bestimmen durch Lobbyismus die Politik der EU. Das öffentliche Interesse bleibt auf der Strecke, in: Falter „Öffentlich / Privat. Ein paradoxes Verhältnis“, Nr. 3a/17
28. Höpner, Martin: Für ein soziales Europa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2016, S. 45–49

29. Zeit online, 22. August 2016: „Ich muss Angela Merkel einen Großteil der Schuld geben“, Interview mit Dani Rodrik, <http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-08/dani-rodrik-eu-angela-merkel-globalisierung-probleme/komplettansicht?print>
30. Heimberger, Philipp: Warum die Volkswirtschaften der Eurozone den USA und Großbritannien seit der Finanzkrise hinterher hinken, Studie im Auftrag der AK Wien, November 2016
31. Oberndorfer, Lukas / Haslinger, Susanne: Die Spaltung der Lohnabhängigen durch Zurückdrängung der Kollektivverträge, Blog Arbeit und Wirtschaft, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/die-spaltung-der-lohnabhaengigen-durch-die-zurueckdraengung-der-kollektivvertraege/>
32. Vogel, Steffen: Ein britischer Weckruf – für Europa, Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2016
33. Oberndorfer, Lukas / Haslinger, Susanne: Die Spaltung der Lohnabhängigen durch Zurückdrängung der Kollektivverträge, Blog Arbeit und Wirtschaft
34. Schwan, Gesine: Polen ist nur ein Symptom. Deutschlands Dominanz in der EU trägt zur Renationalisierung bei. 8.2.2016, <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/polen-ist-nur-ein-symptom-1270/>
35. Feigl, Georg: Privatisierung tut selten gut, in: Falter „Öffentlich / Privat. Ein paradoxes Verhältnis“, Nr. 3a/17
36. Zeit online, 22. August 2016: „Ich muss Angela Merkel einen Großteil der Schuld geben“, Interview mit Dani Rodrik, a.a.O.
37. Zeit online, 2. Juli 2016: Streek, Wolfgang: Ist der Brexit denn wirklich so schlimm?, <http://www.zeit.de/2016/28/europaeische-union-brexiteuropa-rueckbau>
38. Handelsblatt 24.1.2017: Le Pen, Wilders, Petry. Die unterschätzte Gefahr, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/le-pen-wilders-petry-die-unterschaetzte-gefahr/19290276.html>
39. Homepage des Europäischen Parlaments, <http://www.europarl.europa.eu/meps/de/crosstable.html>
40. Infobrief eu&international, BREXIT – WIE WEITER IN EUROPA?, Sonderausgabe 3a, Juli 2016
41. BBC News, Brexit: Theresa May to trigger Article 50 by end of March, 2. Oktober 2016, <http://www.bbc.com/news/uk-politics-37532364>
42. Infobrief eu&international, BREXIT – Wie weiter in Europa?, Sonderausgabe 3a/ Juli 2016
43. Wirtschaftswoche 4.1.2017: Wahlen 2017. Europa droht ein düsteres Jahr, <http://www.wiwo.de/politik/europa/wahlen-2017-niederlande-parlamentswahl-am-15-maerz/19164976-2.html>
44. Süddeutsche Zeitung 3.2.2017: Le Pen will Referendum über französischen EU-Austritt, <http://www.sueddeutsche.de/news/politik/parteien-le-pen-will-referendum-ueber-franzoesischen-eu-austritt-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170203-99-138060>
45. Frank, Ey: Nach Brexit und Trump: Auf dem Weg zum Neonationalismus, Blog Arbeit und Wirtschaft, 21. November 2016, <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/brexit-trump-neonationalismus/>
46. Wirtschaftswoche 4.1.2017: Wahlen 2017. Europa droht ein düsteres Jahr, <http://www.wiwo.de/politik/europa/wahlen-2017-italien-parlamentswahl-wahrscheinlich-im-fruehjahr/19164976-4.html>
47. Die Zeit: Dossier über die AfD: Wie gefährlich ist die AfD?, <http://www.zeit.de/thema/alternative-fuer-deutschland>